

GVS Mfs 014-423/87

Windelen nahm bei dem 9. Bundestreffen von "Hvd" die "Dokumentation" dieser Feindorganisation über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR entgegen.

In Einzelfällen wird belegt, daß sich an der Ausforschung ehemaliger DDR-Bürger zu Fragen zur Übersiedlungsproblematik in der DDR sowie über Verhältnisse und angebliche Mißhandlungen im Strafvollzug der DDR auch Sichtungstellen von BRD- und US-Geheimdiensten in Gießen und Westberlin sowie im Auftrag der "Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen" Salzgitter handelnde Polizeistellen der BRD und die "Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge" beteiligen.

Die diplomatischen Auslandsvertretungen der BRD, insbesondere in Prag, Budapest und Sofia, und die Ständige Vertretung der BRD in der DDR setzten ihre Einmischungspraktiken durch Wahrnehmung der Interessenvertretung für DDR-Bürger, die ihr Land verlassen wollen, auch weiterhin - wenn auch in differenzierter Form - fort. In Abstimmung und Unterstützung des BMB wurden durch diese diplomatischen Einrichtungen vorsprechende DDR-Bürger zur Gesprächsführung empfangen, telefonische oder briefliche Mitteilungen entgegengenommen und der Posteingang brieflich bestätigt (vor allem durch die Ständige Vertretung).

Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD praktizierten auch im Berichtszeitraum den in gewisser Weise versachlichten und zurückhaltenden Umgang mit Übersiedlungersuchenden. Die Gesprächsführung war zumeist begrenzt auf die Erfassung der Personalien, der Daten der Antragstellung und der Verwandten in der BRD oder Westberlin. Im weiteren wurde die Weiterleitung zugesichert und auf die Zuständigkeit der DDR-Organen verwiesen.

In Einzelfällen wurde Übernachtung im Gebäude der Ständigen Vertretung gewährt, zu hartnäckigem Verhalten, zum erneuten Aufsuchen der Ständigen Vertretung oder zur selbständigen Einbeziehung des BMB in die beabsichtigte Durchsetzung von Übersiedlungsvorhaben aufgefordert.